

# Eintreten für eine offene Welt – mit Kultur und Kulturpolitik Demokratie stärken



Christina Stausberg  
ist Hauptreferentin für  
Kultur des Deutschen  
Städtetages

**A**ls Spiegel der gesellschaftlichen Entwicklungen und als Forum für die (kritische) gesellschaftliche Auseinandersetzung übernehmen Kunst und Kultur – und mit ihnen die Kulturpolitik als Steuerungsinstrument – eine wichtige Initiativfunktion für die Stärkung von Freiheit und Demokratie. Sie legen den Finger in die Wunde, thematisieren gesellschaftliche und politische Entwicklungen und Missstände und tragen zur Entwicklung von Haltungen und Werten bei. Sie sind essentieller Teil der lebendigen Zivilgesellschaft in den Städten, denen damit eine besondere Bedeutung für den demokratischen Willensbildungsprozess zukommt. Damit trägt auch die kommunale Kulturpolitik Verantwortung für die Stärkung der demokratischen Werte. Darüber hinaus sind aber natürlich alle gesellschaftlichen Kräfte, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft, gefordert, sich für den Erhalt der Werte einer offenen Welt einzusetzen und dies in praktisches Handeln umzusetzen.

## Zunahme nationalistischer und rechtspopulistischer Tendenzen in Deutschland und Europa

Die politischen Entwicklungen in Deutschland und Europa, aber auch darüber hinaus, sind durch zunehmend autoritäre, nationalistische und rechtspopulistische Tendenzen gekennzeichnet, die das politische Klima und den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden und letztlich zu einer Bedrohung für die Demokratie werden könnten. Polen und Ungarn sind nach den Wahlsiegen und

der Übernahme der Regierung durch rechtspopulistische, nationalistische Parteien auf dem Weg zu autoritären Staaten. Politische Erfolge ähnlich ausgerichteter Parteien bedrohten auch in den Niederlanden und in Frankreich – anders als Polen und Ungarn – alte und etablierte westliche Demokratien. Obwohl Geert Wilders in den Niederlanden weniger erfolgreich war als zunächst angenommen, überrascht die plötzliche Popularität einer fremden- und europafeindlichen Haltung in einem Land, das traditionell als besonders tolerant und weltoffen gilt. Auch der »Brexit« ist durch nationalistische Bestrebungen und fremdenfeindliche Ressentiments befeuert worden. Der Regierungswechsel in den USA – bislang Garant einer freien, offenen und demokratischen Gesellschaft – bestätigt diese Entwicklung ebenso wie der zunehmende Nationalismus und Autoritarismus in der Türkei.

Durch den Einzug der Partei »Alternative für Deutschland« (AfD) in den Deutschen Bundestag gewinnt die Thematik auch unmittelbar für Deutschland selbst eine neue Dynamik. Erstmals seit den 1950er Jahren ist damit wieder eine rechtspopulistische Partei im deutschen Parlament vertreten, die zumindest in Teilen völkisch-nationalistische und ausländerfeindliche Thesen vertritt. Mit knapp 13 Prozent ist die Partei zur drittstärksten Kraft im Bundestag gewählt worden. Auch wenn im Vergleich zu anderen europäischen Ländern rechtsradikale Positionen damit in Deutschland nach wie vor nur moderat sichtbar werden, han-

delt es sich doch um eine Zäsur in der deutschen Politik.

### Kunst und Kultur wirken politisch

Seither macht das Schlagwort vom »Kulturkampf« die Runde. Der Politikwissenschaftler Samuel Huntington hatte vor rund zwanzig Jahren, nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, vor einem »Kampf der Kulturen« vor allem zwischen dem Westen und dem Islam, gewarnt. Der Ansatz von Huntington war zwar vereinfachend, aber womit er offensichtlich richtig lag, war der neue Stellenwert, den er der Kultur zumaß, der Sphäre der Werte, Haltungen, Emotionen und Identitäten. Neben ökonomischen Faktoren scheinen zunehmend kulturelle Faktoren auf die politische Entwicklung zu wirken. Der Kulturosoziologe Andreas Reckwitz sieht folgerichtig einen generellen »Kampf um die Kultur«, in dem zwei konträre Kulturverständnisse um die Vorherrschaft ringen, das Kulturverständnis einer globalisierten Welt und ein identitäres Kulturverständnis.

Der »Kulturkampf« findet aber ganz schlicht auch um die Freiheit der Kultur statt. Dort, wo Kunst und Kultur eine autoritäre, nationalistische Politik anprangern oder auch nur abweichende Positionen deutlich machen, sind sie nicht selten – zusammen mit den Medien und der Rechtsprechung – die ersten Opfer einer solchen Politik. So titelte das Feuilleton der Welt von einem »Kulturkampf« um das neue Weltkriegsmuseum in Polen. Kunst und Kultur beziehen politisch Stellung, werden aber auch umgekehrt zum Opfer einer repressiven Politik – das sind die beiden Seiten einer Medaille.

Auch in Deutschland zeigt sich, dass die AfD ein besonderes Handlungsfeld im Bereich der Kultur sieht. Die Zeitschrift »Bühnengenossenschaft« berichtet in ihrer Ausgabe von April 2017, dass die AfD in ihrem Wahlprogramm eine »deutsche Leitkultur« im Gegensatz zum »Multikulturalismus« anstrebt. Der AfD-Kulturpolitiker Hans-Thomas Tillschneider spreche sich gegen öffentliche Fördermittel für Inszenierungen aus, die den Vorstellungen der AfD nicht entsprechen. In den verschiedenen Landesparlamenten, in denen die AfD vertreten sei, richteten sich ihre Anträge gegen eine unliebsame Kulturförderung. Im Landtag von Nordrhein-Westfalen zeichnet sich die AfD durch Anträge aus, die sich gegen einen Ausbau der Kulturförderung richten und die Notwendigkeit der kommunalen Theater und Orchester in Frage stellen.

### Was kann kommunale Kulturpolitik leisten?

Der Kulturausschuss des Deutschen Städtetages hat sich intensiv mit dem Thema befasst und sieht in der kommunalen Kulturpolitik ein wichtiges Instrument, nationalistischen und rechtspopulistischen Entwicklungen entgegenzutreten. Die Auseinandersetzung um die Kultur findet vor Ort statt, vor allem in den großen Metropolen, zum Teil aber

auch durchaus auch in kleineren Städten. In den Metropolen finden sich die »Hot Spots« von Künstlerinnen und Künstlern und Intellektuellen, und im städtischen Raum entwickelt sich eine besonders offene, freie und vielfältige Kulturlandschaft und Gesellschaft. Fremdenfeindlichkeit und rechtsradikale Einstellungen fallen offenbar besonders dort auf fruchtbaren Boden, wo es wenig Erfahrung mit fremden Kulturen gibt und wo die Gelegenheiten zum persönlichen Kontakt und zum Miteinander besonders gering sind, in Gebieten mit geringem Ausländeranteil und im ländlichen Raum. Hier entstehen besondere Herausforderungen im Umgang mit rechtsradikalen Einstellungen. Gleichzeitig darf dies aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch in Ballungsräumen mit hohem Ausländeranteil, z.B. im Ruhrgebiet, bedeutende rechte Szenen gibt.

Die Kraft, die Kultur entfalten kann, und die Rolle, die Städte dabei einnehmen können, zeigen sich besonders am Beispiel Dresdens. In der Heimatstadt der rechtspopulistischen Bewegung Pegida, die dort jeden Montag Kundgebungen abhält, hat der deutsch-syrische Künstler Manaf Halbouni ein weit beachtetes Kunstprojekt umgesetzt: Drei hochkant aufgestellte Busse erinnerten an Krieg und Vertreibung in Syrien. Die Kunstinstallation hat zu scharfen Konfrontationen mit Anhängern der rechten Bewegungen geführt. Die ehemalige Stellvertretende Intendantin und Chefdramaturgin am Staatsschauspiel Dresden, Beate Heine, spricht in einem Beitrag für die Zeitschrift »Die deutsche Bühne« von Dresden als »gespaltener Stadt«. Auf dem Theaterplatz vor der Semperoper hatte es eine weitere Konfrontation gegeben: Um den Platz nicht alleine der Deutungshoheit der Pegida-Bewegung zu überlassen, wurde dort »Die Stunde, da wir nichts voneinander wussten« von Peter Handke gespielt. Mit einer Störaktion wurde eine der letzten Veranstaltungen durch eine rechte und islamfeindliche Gruppe unterbrochen, die ein mit Kunstblut gefülltes Plastikschaß schlachteten (SZ-Online vom 20.06.2017 »Show-Schächten schockt Theater-Gäste«). ■